

– Frau Güler, dass Sie sich so aufregen, zeigt, dass ich völlig auf der richtigen Fährte bin.

(Beifall von der SPD)

Der Legendenbildung nächster Teil: Da wird eine Statistik, die so weit richtig ist, zitiert. Allerdings finden sich Ursache und Wirkung, lieber Kollege Kuper, an der Stelle nicht wieder. Sie haben die Halbjahresstatistik zitiert. Fakt ist aber: Wenn das BAMF genügend Menschen gehabt hätte, die die Anträge, die im ersten Halbjahr aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern gestellt worden sind, bearbeitet hätten, hätten wir das Problem nicht. Die Finger, mit denen Sie auf uns zeigen, zeigen umgekehrt auf Ihren Innenminister zurück. Der hat da versagt, und zwar auf ganzer Linie.

(Beifall von der SPD)

Sie unterhalten sich hier mit uns über eine Sache und verlangen von uns eine Haltung zu irgendetwas, was Sie selber nicht erklären können. Das ist interessant. Ich will Ihnen ganz deutlich klar machen, was wir wollen: Wir wollen, dass unser Vorschlag, Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen unterzubringen und dann dort schnell Asylverfahren durchzuführen, umgesetzt wird. Das findet sich in der Einigung auf Bund-Länder-Ebene wieder. Warum tun wir das nicht gemeinsam, statt hier über Scheinlösungen zu debattieren und die Leute weiter zu verunsichern?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir haben die Aktuelle Stunde nicht bestellt. Ich an Ihrer Stelle hätte sie aber auch nicht verlangt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Nun liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die **Überweisung** des **Antrages** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/10076 – Neudruck**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages Drucksache 16/10076 – Neudruck – an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Integrationsausschuss**; die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

2 Industrie 4.0: Mittelstand sensibilisieren – Fachkräfte sichern – Smart Factories an berufsbildenden Schulen einrichten

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/10070

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Grunendahl das Wort.

Wilfried Grunendahl (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Rede möchte ich mit einem Kompliment und einem dicken Dankeschön beginnen. Vor zwei Wochen hat der Wirtschaftsausschuss Ostwestfalen-Lippe besucht und sich intensiv mit dem Thema „Industrie 4.0“ beschäftigt.

Für die gute Vorbereitung und Organisation dieser Fahrt möchte ich mich – sicherlich auch im Namen aller anderen Teilnehmer – beim Vorsitzenden unseres Wirtschaftsausschusses, dem Herrn Kollegen Fortmeier, und unserem Ausschussassistenten Herrn Schröder ganz herzlich bedanken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Reise war spannend, informativ und für die politische Arbeit sehr erkenntnisreich.

Meine Damen und Herren, unsere Ausschussfahrt hat uns unter anderem an die Hochschule Ostwestfalen-Lippe nach Lemgo geführt. Dort hatten wir Gelegenheit, die SmartFactoryOWL zu besichtigen. Die SmartFactoryOWL ist ein herstellerunabhängiges Anwendungs- und Demonstrationszentrum. Durch Demonstration des Anwendernutzens von Industrie-4.0-Bausteinen sollen in der Regel familiengeführte mittelständische Unternehmen für die Potenziale der Digitalisierung sensibilisiert und begeistert werden.

Die Hochschule OWL ist ein Industrie-4.0-Kompetenzzentrum und bietet eine reale Produktionsumgebung. Hier arbeiten Wissenschaftler und Ingenieure der beteiligten Forschungseinrichtungen und Industrieunternehmen gemeinsam miteinander. Darüber hinaus ist sie eine ideale Lernumgebung für Studierende in den ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen.

Die zunehmende Digitalisierung in Produktion und Vertrieb wird Arbeitsbedingungen und Arbeitsprozesse in der Industrie sehr stark verändern. Gut ausgebildete, qualifizierte Mitarbeiter sind für den Einsatz vernetzter intelligenter Systeme deshalb zwingend notwendig. Die Hochschule OWL bietet hier ideale Bedingungen, den Ingenieurnachwuchs von morgen auf die Anforderungen von Industrie 4.0 vorzubereiten.

Wenn, meine Damen und Herren, 4.0 eine Erfolgsgeschichte für Nordrhein-Westfalen werden soll, müssen wir jedoch nicht nur den Ingenieurnachwuchs für die Herausforderungen der Digitalisierung

gut ausbilden, sondern auch den Facharbeiter-nachwuchs. Ziel muss sein, das Konzept der Smart Factory auch auf die Berufsausbildung zu übertragen. Das Land Baden-Württemberg hat diesen Bedarf bereits erkannt und in diesem Jahr das Projekt „Lernfabrik 4.0“ an berufsbildenden Schulen gestartet. In einer möglichst praxisnahen Lernumgebung soll der Umgang mit intelligenten Maschinen und digital vernetzten Prozessen an den berufsbildenden Schulen in Baden-Württemberg vermittelt werden.

Das Konzept der Lernfabrik 4.0 setzt auf eine starke Kooperation mit der Wirtschaft. Berufsbildende Schulen, die eine Förderung der Errichtung einer von landesweit acht Lernfabriken in Baden-Württemberg erhalten wollen, brauchen einen Kooperationspartner aus der Industrie. Neben einem finanziellen Beitrag des Kooperationspartners wird vor allem die Einbringung von Fach- und Expertenwissen erwartet.

Unsere Gespräche mit Unternehmensvertretern während unserer Reise haben gezeigt: Neben dem flächendeckenden Breitbandausbau ist die Sicherung des veränderten Fachkräftebedarfs durch Digitalisierung eine wesentliche Aufgabe der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Das Konzept der Lernfabrik stieß bei vielen Unternehmen auf großes Interesse. Die Landesregierung ist daher aufgefordert, sich mit Schulträgern und Unternehmen an einen Tisch zu setzen und ein tragfähiges Konzept für Lernfabriken in unserem Lande, in Nordrhein-Westfalen, zu entwickeln.

Wir freuen uns auf die Beratung unseres Antrages im Wirtschaftsausschuss. – Meine Damen und Herren, schönen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Grunendahl. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die digitale Transformation revolutioniert die gesamten Wertschöpfungsprozesse sämtlicher Unternehmen und Branchen. Die Potenziale dieser unaufhaltsamen Entwicklung sind riesig. In einer Studie von Strategy& und PwC werden in der nahen Zukunft jährliche Investitionen in Höhe von 40 Milliarden € in Industrie-4.0-Lösungen durch deutsche Unternehmen erwartet.

Als Fabrikaurüster der Welt profitiert die deutsche Industrie ganz stark vom weltweiten Trend der Digitalisierung und Vernetzung von Produkten und Dienstleistungen. Die genannte Studie erwartet auf dieser Grundlage jährliche Umsatzsteigerungen von 2 bis 3 %. Das würde Mehreinnahmen von bis zu 30 Milliarden € in der deutschen Industrielandschaft bedeuten.

Aber auch für Mittelstand und Handwerk bietet die Digitalisierung große Chancen. Durch die Anpassung ihrer Produktionsprozesse, Produkte und Dienstleistungen können sie ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und ausbauen. Meine Damen und Herren, das ist entscheidend für eine ausgereifte Volkswirtschaft wie Deutschland. Und das ist auch gerade für Nordrhein-Westfalen enorm wichtig. Denn wir benötigen einen Innovationssprung, um unsere Wachstums- und Beschäftigungsdefizite endlich abzubauen.

(Beifall von der FDP)

Eine der größten Herausforderungen vor diesem Hintergrund von Wirtschaft 4.0 liegt dabei auf der Hand. Die Ansprüche und Anforderungen an die Beschäftigten von morgen verändern sich dramatisch. Vereinfacht gesagt, heißt das: Wir brauchen mehr Fachkräfte. Wir brauchen andere Qualifikationsprofile, wir brauchen eine Weiterentwicklung unserer Bildungs- und Ausbildungssysteme.

Ernst & Young schätzt die Umsatzeinbußen allein im nordrhein-westfälischen Mittelstand aufgrund von Fachkräftemangel schon für dieses Jahr auf über 8,3 Milliarden €, meine Damen und Herren. Mit Blick auf die steigenden Anforderungen durch die digitale Transformation kann diese Entwicklung schon bald für viele Unternehmen und für unseren Standort ein existenzbedrohendes Niveau erreichen.

Hier muss endlich gegengesteuert werden. Nordrhein-Westfalen und Wirtschaft 4.0 dürfen keine Gegensätze mehr sein. Eine Vielzahl von Maßnahmen ist erforderlich: mehr Investitionen in Wissenschaft und Infrastruktur, mehr Freiheit und Handlungsspielräume für Schulen, Abbau bürokratischer Lasten für den Mittelstand und vor allem eine Weiterentwicklung und Stärkung unseres erfolgreichen Ausbildungssystems, meine Damen und Herren.

In einer aktuellen Publikation zur digitalen Transformation weist die Industrie- und Handelskammer Nordrhein-Westfalen zu Recht darauf hin, dass die Digitalisierung als Querschnittsthema neue Ansätze für Praxisnähe und Zukunftsfähigkeit benötigt. Das gilt natürlich ganz besonders für die Ausbildung.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, haben CDU und FDP den vorliegenden Vorschlag erarbeitet. Für die überlebenswichtige Praxisnähe schon in der Ausbildung müssen wir endlich sorgen. Schülerinnen und Schüler von heute und Fachkräfte von morgen können mit den von uns angeregten Smart Factories noch besser und noch schneller an das Prinzip der vernetzten Produktion herangeführt werden.

Für die vernetzte Wirtschaft unabdingbare Fähigkeiten und Fertigkeiten können so integraler Bestandteil der Berufsausbildung werden – und das für jeden Berufszweig, egal ob Handwerk, Handel oder Industrie. Denn wir müssen alle mitnehmen auf dem Weg der digitalen Transformation.

Meine Damen und Herren, diese Ansätze von Unternehmen, Kammern und Hochschulen existieren bereits; das wurde eben schon vom Kollegen Grunddahl gesagt. Die Hochschule Ostwestfalen in Lemgo ist ein Beispiel, das wir bei diesem Antrag als Vorlage genommen haben. Das sollten wir weiter ausbauen, das sollten wir landesweit so durchführen.

Der einzige Akteur, meine Damen und Herren, der sich dieser Herausforderung bisher leider nicht gestellt hat, ist die Landesregierung. Deshalb hoffen wir, dass wir mit unserem Antrag einen Beitrag dazu leisten, dass wir uns auch in diesem Land endlich dieser Herausforderung stellen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion der SPD spricht Frau Kollegin Blask.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Aktuell befindet sich die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen in Deutschland und in vielen weiteren Ländern in der Welt auf der Schwelle zu einer vierten industriellen Revolution bzw. hat diese bereits überschritten.

Diese vierte industrielle Revolution ist bekannt unter dem Begriff Industrie 4.0 oder Wirtschaft 4.0. Gemeint ist hiermit, dass IT-Technik und Produktion mit einander verschmelzen und intelligente Produktionssysteme entstehen. Am Ende steht die Vision einer intelligenten Fabrik, die sich selbst organisiert.

Aber auch das Handwerk, meine Damen und Herren, wird seine besonderen Herausforderungen in der Wirtschaft 4.0 meistern müssen. Diese entscheidenden Entwicklungen eröffnen auch den Unternehmen und den Handwerksbetrieben am Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen viele neue Möglichkeiten und bieten ein großes Chancenpotenzial für die Zukunft der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Mit dem Einsatz von Industrie 4.0 in den Betrieben ergeben sich für die Unternehmen natürlich auch Veränderungen im Produktionsablauf, bei Lagerung und vielem anderen mehr. Die Produktion, meine Damen und Herren, wird sich verändern. Hierbei wird das optimale Zusammenspiel von Menschen, Technik und Organisation weiter an Bedeutung gewinnen.

Dieses bedeutet entsprechend auch, dass sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neue Arbeitsbedingungen und Arbeitsprozesse ergeben. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen daher bereits in der Ausbildung dafür ausreichend qualifiziert werden.

Hierfür möchten Sie, liebe Fraktionen der CDU und der FDP, gerne pro Kammerbezirk sogenannte Smart Factories an den berufsbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen einrichten, um hier die Auszubildenden mit ihren unterschiedlichen Berufen auf die von Industrie 4.0 und Wirtschaft 4.0 geprägte Wirtschaft vorzubereiten.

Der Analyse in Ihrem Antrag kann ich noch folgen, Ihrer Schlussfolgerung leider nicht mehr.

Meine Damen und Herren, bereits heute erfolgt eine entsprechende Ausbildung und Qualifikation der Auszubildenden. So setzt das Land Nordrhein-Westfalen bereits an den allgemeinbildenden Schulen an, um die Grundlagen für die Nutzung der neuen Medien und für eine umfassende Medienkompetenz zu schaffen. Hiermit werden wichtige Grundlagen für Ausbildung und Studium geschaffen.

Eine entsprechende Qualifikation der Auszubildenden erfolgt an den nordrhein-westfälischen Berufsschulen in dem so einzigartigen dualen System, um das uns viele in der Welt beneiden. Die einzelnen Ausbildungsberufe werden dabei immer wieder an Entwicklungen der Wirtschaft angepasst, sofern die Wirtschaft entsprechende Anpassungen auch gegenüber der Kultusministerkonferenz der Länder formuliert und wünscht. Hier ist insbesondere die Wirtschaft gefragt, die neuen Anforderungen an die Kultusministerkonferenz heranzutragen. Wir brauchen notwendige Veränderungen und Anpassungen in den jeweiligen Ausbildungsverordnungen, um den Anforderungen an eine Wirtschaft 4.0 gerecht zu werden.

Kooperationen von Wirtschaft und Schule und vor Ort sind sinnvoll und ausbaufähig. Wir brauchen eine sach- und bedarfsgerechte Ausstattung aller beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen und nicht wenige Vorzeigezentren.

Wir sehen die von Ihnen geforderten Smart Factories pro Kammerbezirk sehr kritisch und stellen Ihnen die Frage, ob dies eine sinnvolle Ergänzung für die Qualifizierung von Auszubildenden darstellen kann.

Der Überweisung in den Fachausschuss werden wir aber zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Blask. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Dr. Beisheim.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte es mir schon gedacht: Bereits während der letzten Ausschussreise des Wirtschaftsausschusses zum Thema „4.0“ war mir klar: Der nächste unausgelegene Antrag zum

Thema „Industrie 4.0“ wird uns alsbald vorgelegt werden. – Das ist jetzt auch geschehen.

Sicherlich ist die Beschreibung der Ausgangslage in Teilen richtig. Ich teile Ihre Auffassung, dass das Thema „Digitalisierung der Produktprozesse“ zu einer Erfolgsgeschichte für das Industrieland Nordrhein-Westfalen werden kann. Auch die Tatsache, dass es gemeinsamer Anstrengungen von Politik, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden bedarf, um den Mittelstand für das Thema „Digitaler Wandel“ zu sensibilisieren, ist allgemeiner Konsens und war schon des Öfteren Gegenstand von Debatten.

Der Gedanke, überbetriebliche Ausbildungszentren müssten sich an Veränderungen der technischen Anforderungen anpassen, ist dagegen kein neuer. Das ist gelebte Praxis und Teil des Erfolges des dualen Ausbildungssystems insgesamt. Ich denke mir auch, dass zukünftig das Handwerk und die Verbände der Industrie daran arbeiten werden, ihre überbetrieblichen Ausbildungszentren gemeinsam mit uns an die zukünftigen Erfordernisse anzupassen.

Niemand bestreitet, dass die Digitalisierung in alle Lebensbereiche und damit auch in alle Ausbildungsberufe hineinstrahlen wird. Deshalb wäre es besser – das haben bereits Frau Blask und Herr Kollege Brockes in ihre Reden eingewoben –, zukünftig den Begriff „Wirtschaft 4.0“ zu verwenden und ihn nicht auf „Industrie 4.0“ zu verkürzen. Denn die Auswirkungen auf Berufe und Ausbildungen werden sicherlich sehr unterschiedlich sein.

Von daher haben wir alle in diesem Haus die Einsetzungsbeschlüsse der Handwerksenquete unterstützt, um Aufklärung zu leisten, welche technologischen Auswirkungen sich auf die Ausbildung und die Berufsbilder im Handwerk und in den handwerksnahen Berufen ergeben. Es muss verhindert werden, dass mangelnde Qualifikation und mangelnde Fähigkeiten der Menschen, die letzten Endes die Fabriken und Anlagen der Zukunft errichten sollen, dazu führen, dass sie nicht gebaut werden. Dieser Flaschenhals, der letzten Endes die digitale Entwicklung behindert, darf nicht geschaffen werden.

Die wichtigste Kernfrage bei der Ausbildung ist daher für mich: Wie gestalten wir zeitgemäßes Lernen in einer zunehmend digitalisierten Welt? Sowohl die Landesregierung – das hätten Sie bereits bei der Vorbereitung des Antrags herausfinden können – als auch die Träger der dualen Ausbildung haben schon Instrumente dazu entwickelt. Schaut man sich speziell das Handwerk an, erkennt man, dass moderne Lernformen, die allgemein unter dem Begriff „Blended Learning“ oder – auf Deutsch – „Integriertes Lernen“ bekannt sind, bereits seit vielen Jahren gelebte Praxis sind.

Diese Mischung aus Praxisphasen, traditionellen und modernen Formen des E-Learnings sollte meiner Meinung nach eine weiter verbreitete Anwendung finden. Das ist sicherlich auch das Thema der laufenden Enquetearbeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Besichtigung der Smart Factories in Lemgo sollte eigentlich gezeigt haben, dass es zukünftig egal ist, wo wir etwas lernen, wo sich eine Anlage befindet, welche Bildungsträger sie angeschlossen haben, solange webbasierte Zugriffsmöglichkeiten bestehen. So ist der vorgeschlagene Ansatz, Smart Factories zu schaffen, nicht sehr zielführend.

Darüber hinaus hat uns Herr Prof. Jasperneite von der Universität Lemgo versucht zu erklären – zumindest denjenigen, die an der Delegationsreise des Wirtschaftsausschusses teilgenommen haben –, wo der Unterschied liegt zwischen einer normalen evolutionären Weiterentwicklung der Fertigung, die quasi digitalisiert unterstützt weiter fortschreitet, und dem tatsächlichen Übergang zu intelligenten, selbstlernenden Systemen, zusammengefasst unter dem Begriff „Digitalisierung 4.0“.

Aber in Ihrem Antrag wird einiges durcheinandergeschmissen. Denn nicht jede Form von digitalisierter Fertigung ist intelligent. Letzten Endes ist mir Ihr Antrag nicht smart genug.

Trotzdem freue ich mich auf die weiteren Diskussionen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Dr. Beisheim. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Raum und daheim! Wir sind mitten drin in der digitalen Revolution; darüber besteht Einigkeit. Diese Erkenntnis bringt uns zu der eigentlich relevanten Frage: Wie müssen wir unsere gesellschaftlichen Institutionen umgestalten, damit sie mit der digitalen Revolution umgehen können und dazu passen – das ist eigentlich auch eine Kernfrage meiner Partei –, und zwar so, dass der Mensch auch in Zukunft im Mittelpunkt steht?

Ein wesentliches Kernelement ist die Bildung. Welche Qualifikationen sollen wir jungen Menschen mitgeben, damit sie in der kommenden Gigabitgesellschaft ein erfolgreiches, ein eigenverantwortliches Leben führen können? Welche Instrumentarien brauchen sie, um nicht nur stumpfe Konsumenten, sondern werteschaaffende Personen zu werden, die echte Gestaltungs- und Handlungskompetenz besitzen?

(Beifall von den PIRATEN)

Wir Piraten haben uns schon sehr frühzeitig dafür eingesetzt, Schulen fitzumachen für die Digitalisierung, und daher sehen wir auch ganz grundsätzlich mit Sympathie auf diesen Antrag. Aber er zeigt – und das ist besonders im Vortrag von Herrn Brockes deutlich geworden – eine gewisse renditeromantikgetriebene marktideologische Engführung. Es geht um Smart People und nicht um Smart Factories.

Zwei Kritikpunkte: Wir Piraten folgen nicht der Logik, dass sich Lehrpläne primär am Arbeitsmarkt ausrichten müssen. Vielmehr müssen wir neben grundlegenden Informatikkenntnissen auch kreative Problemlösungskompetenz vermitteln.

Die Tatsache, dass der Antrag federführend an den Wirtschaftsausschuss und nicht an den Schulausschuss überwiesen werden soll, zeigt noch einmal ganz deutlich, wie ohnmächtig die Politik in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland insgesamt der digitalen Revolution gegenübersteht. Wir hatten vor einiger Zeit ein Internetministerium und einen dazu passenden Ausschuss gefordert. Dorthin hätte der Antrag überwiesen gehört.

(Beifall von den PIRATEN)

Speziell in der Argumentationslogik von Schwarz-Gelb/Magenta geht es immer um das Entweder-oder, also um zwei Positionen. Im Grunde gibt es immer vier Positionen: Entweder-oder, sowohl-als-auch und weder-noch.

Ich würde mir wünschen, wenn wir in der Debatte im Ausschuss über diesen Antrag auch darauf eingehen könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Vertretung der Kollegin Löhrmann darf ich gerne zu dem hier vorgelegten Antrag Stellung nehmen. Ich glaube – das wird auch die weitere Debatte im Wirtschaftsausschuss zeigen –, dass wir uns sehr einig sind in der grundsätzlichen Herausforderung. Digitalisierung ist nichts, was vor der Tür steht, sondern längst da ist. Wir werden auch im Wirtschaftsausschuss Herrn Brockes noch einmal darlegen, mit welcher vielfältigen Aktivitäten wir uns dieser Thematik stellen und daran arbeiten; ein paar Erfolge konnten schließlich schon im Rahmen der Debatten im Ausschuss diskutiert werden.

Die Landesregierung ist sich gemeinsam mit den Kommunen einig, dass das Lernen in der digitalen Welt insbesondere von den fünf Handlungsfeldern LOGINEO NRW, learn:line NRW, Medienpass

NRW, Bring Your Own Device und Medienberatung NRW geprägt ist. Damit legen wir in den allgemeinbildenden Schulen die Grundlagen sowohl für eine umfassende Medienkompetenz als auch für die Nutzung neuer Medien für das individualisierende Lernen.

Auch die NRW-Berufskollegs werden den in der KMK-Rahmenvereinbarung über die Berufsschule neu formulierten Aufgaben der Berufsschule in vielfältiger Weise gerecht. Neben der Fortentwicklung hin zu kompetenzorientierten Bildungsplänen als Grundlage offener Kompetenzbeschreibungen, die jederzeit vor Ort umgesetzt werden, ermöglichen wir dort nämlich den Erwerb von erweiterten und vertieften beruflichen Kompetenzen digitaler Handlungsfelder, zum Beispiel durch das Angebote an Zusatzqualifikationen.

Da sich viele existierende Berufsbilder und -strukturen ändern werden, analysiert das Bundesinstitut für Berufsbildung derzeit den Qualifikationsbedarf in der IT-Branche, um IT-Berufe mit Blick auf 4.0-Qualifikationen eventuell neu zu ordnen.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass die Verantwortung für die Anpassung von Ausbildungsberufen auf Entwicklungen in der Wirtschaft natürlich bei der Wirtschaft selbst liegt und auch von dieser wahrgenommen werden muss. Nur wenn diese die Initiative rechtzeitig ergreifen, können auch mit den aktuellen Berufsbildern synchronisierte KMK-Rahmenlehrpläne für den Berufsschulunterricht entwickelt werden.

Meine Damen und Herren, natürlich greifen die Berufskollegs bei der Umsetzung bestehender curriculärer Vorgaben aktuelle Weiterentwicklungen auf und gewinnen damit auch Preise. So erhielt 2014 zum Beispiel das Mindener Leo-Symphoniker-Berufskolleg von der Umweltstiftung der ostwestfälischen Wirtschaft den Sonderpreis zum Industrie-4.0-Projekt „Herausforderung Energiewende“.

Seit 2009 bringt eine Kooperation zwischen der VDW-Nachwuchsstiftung – VDW ist der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken – und dem MSW die Berufskollegs beim Maschinenbau auf den neuesten technischen Wissensstand. Die Lehrkräfte informieren sich in den Unternehmen, gemeinsam werden Unterrichtsmaterialien entwickelt, und vielfach sind im Rahmen dieser Kooperation auch die Sachausstattungen von Berufskollegs erweitert worden.

Außerdem ist NRW – das ist schon beschrieben worden – Standort von SmartFactoryOWL, einem der fünf nationalen Kompetenzzentren Mittelstand 4.0. Dort wird in Kooperation zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen die Einführung neuer Technologien erarbeitet.

Der von der Landesregierung veröffentlichte Projektauftrag zur Fachkräftesicherung unterstützt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Hand-

lungsfeldern des digitalen Wandels, der Vernetzung und Industrie 4.0. Von den Lernortkooperationen der Betriebe mit den Berufskollegs profitieren beide Partner der beruflichen Bildung.

Deswegen kommen wir zu dem Ergebnis, dass es auch beim Thema „Smart Factories“ um eine pragmatische unterrichtliche Umsetzung geht, orientiert an regionalen Ausgangslagen und nicht, wie im Antrag beschrieben, an Kammerbezirken.

Ich freue mich sehr auf die zu diesem Thema weiterführende Diskussion in unserem Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank. – Es sprach in Vertretung für Frau Ministerin Löhrmann der Landesminister für Wirtschaft und die anderen Fachbereiche, die im Ausschuss federführend sind. Dort wird dieser heute unter Tagesordnungspunkt 2 beratene Antrag „Industrie 4.0“ auch behandelt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/10070** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist alles nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

3 NRW braucht ein Flüchtlingsforum: Die Landesregierung muss Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe besser vernetzen und mehr unterstützen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/10062

Zunächst gibt es dazu eine Aussprache und danach eine direkte Abstimmung; darauf haben sich die Fraktionen verständigt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Brand für die Piratenfraktion das Wort.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Helfer helfen – wie schön! Auch wir haben heute die Gelegenheit dazu. An dieser Stelle geht mein ausdrücklicher Dank an alle Helfer, die dort draußen Unglaubliches leisten, und auch an diejenigen, die jetzt zu unserer Helferkonferenz gekommen sind und sich miteinander ausgetauscht haben.

(Beifall von den PIRATEN)

Oftmals werden Lösungen einfach von oben aufgeflanscht, ohne die wirklichen Bedarfe der Akteure zu berücksichtigen. Es gibt zum Beispiel die Seite „ich-helfe.nrw“. Diese ist gut, und ich will sie auch nicht schlechtmachen. Dort wird schon vieles von dem umgesetzt, was gewünscht ist. Aber der Austausch, nach dem die Helfer fast schreien, ist dort nicht möglich.

Unsere Maxime bei der Lösung von Problemen ist, dass wir mit den Leuten reden und nicht über sie. Deshalb haben wir diese besagte Helferkonferenz veranstaltet und diese ganz bewusst offen gestaltet, anders als die handverlesene Veranstaltung, die zwei Tage später hier im Landtag nach schriftlicher Einladung stattfand. Die Teilnehmer waren uns richtig dankbar für das Forum und die Möglichkeit, sich untereinander über Probleme und mögliche Lösungen auszutauschen.

Was ist das Ergebnis der Konferenz? – Es fehlen Regionalkonferenzen zum Austausch der Helferinnen und Helfer. Es fehlen Informationen zu aktuellen Entwicklungen, rechtlichen Bedingungen und neuen Errungenschaften in der Flüchtlingsaufnahme in NRW, die man zum Beispiel in Form eines Newsletters präsentieren könnte.

Der Flüchtlingsrat, dem ich hier auch ausdrücklich meinen Dank aussprechen möchte – was dieser leistet, ist fast unglaublich –, ist dringend mit genügend Ressourcen auszustatten, um künftig unter anderem ein moderiertes Flüchtlingsforum zu implementieren und zu betreuen.

Projekte in den Kommunen, die Modelle von Self Empowerment entwickeln und durchführen, sollen finanziell gefördert werden. Es soll also Hilfe für Flüchtlinge geben, die somit wiederum anderen Flüchtlingen helfen können. Außerdem muss endlich das angekündigte überregionale Beschwerdemanagement implementiert werden.

Am allerwichtigsten sind aber – das war die durchgängige Meinung – die hauptamtlichen Koordinierungsstellen auf Landes- und kommunaler Ebene. Das Schöne ist: Ich kann Ihnen versichern, dass die Kommunen bei diesen Forderungen der Helfer eins zu eins auf unserer Seite sind. Das haben sie mir erst vor kurzer Zeit persönlich versichert.

Unser Antrag hilft den Helfern unmittelbar und ist leicht umzusetzen. Man muss aber vielleicht auch einmal ein paar Schritte weiterdenken. So fordert aktuell das Deutsche Rote Kreuz eine Freistellung der Helfer, wie zum Beispiel bei der Feuerwehr. In dieser Hinsicht stände einmal ein Gespräch mit den Arbeitgeberverbänden an. Man sollte vielleicht auch einmal über die Anrechnung von Rentenpunkten für ehrenamtliche Helfer nachdenken. Rentenpunkte sind keine finanzielle Unterstützung. Das wäre eine Konterkarierung des Ehrenamts. Dennoch wird damit eine Wertschätzung ausgedrückt. Bis zum Renteneintritt sind die Flüchtlinge integriert und zahlen